

Quelle

Datum

## SZ-Interview mit Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg

**„Wir wollen  
die zu  
große Zahl  
von  
Atomwaffen  
in Europa  
deutlich  
verringern“**

Die Voraussetzung dafür sind verbindliche, überprüfbare Vereinbarungen mit dem Warschauer Pakt, die nicht leicht zu erreichen sein werden

*Süddeutsche Zeitung: Sie haben in Ihrem SZ-Beitrag darauf verwiesen, daß die Bundeswehr schon einmal unter einer „Akzeptanzkrise“ - Stichwort: Wiederbewaffnung - gelitten habe, diese aber dann durch den Konsens der großen Parteien in den 60er Jahren beigelegt wurde. Wie wollen Sie den heute wiederherstellen?*

**Gerhard Stoltenberg:** Natürlich ist die heutige Situation anders als in den fünfziger Jahren. Aber gewisse Grundfragen stellen sich immer wieder. Eine ethische Begründung der Verteidigungspolitik, des Wehrdienstes, des Soldatenberufs ist eine, die zweite Grundfrage ist die Einschätzung von Atomwaffen. Nur: Der Rückblick auf die dramatischen Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre, daß Bundeswehr, Atlantisches Bündnis und Nuklearwaffen über Jahrzehnte hinweg friedensfördernd, stabilisierend gewirkt haben. Damit sollen nicht neue Fragen vom Tisch gewischt werden. Aber vorbeigehen an diesem Tatbestand darf man auch nicht.

*SZ: Zwischen 60 und 80 Prozent der Bevölkerung wollen die Entnuklearisierung. Sie aber sagen, daß Atomwaffen 40 Jahre lang den Frieden bewahrt haben. Wie macht man dazwischen Politik?*

**Stoltenberg:** Nach den demoskopischen Momentaufnahmen der Jahre 1951 bis 1955 hätte die Bundesregierung niemals die Wiederbewaffnung fordern und im Bundestag durchsetzen dürfen. Ebenso wenig hätten dann auch über 90 Prozent der Bundestagsabgeordneten die Wehrverfassung beschließen dürfen. Dann wäre es auch nie zu einem Beitrag der Bundesrepublik an der Nuklear-Verteidigung der NATO gekommen - obwohl wir die Verfügungsgewalt nie hatten oder anstreben werden...

*SZ: ... das war damals.*

**Stoltenberg:** Richtig, die historischen Erinnerungen genügen nicht. In dieser Zeit ist eine weitergehende, vertiefte Begründung gefordert, die auch neue Fragen und Befürchtungen ernst nimmt.

*SZ: Welche Begründung?*

**Stoltenberg:** Wir haben uns in der Koalition im April und gemeinsam mit den Alliierten auf dem NATO-Gipfel für mehrere Grundsätze ausgesprochen. Rüstungskontrolle und Abrüstung sind noch stärker als zuvor ein vorrangiges Ziel geworden. Dazu gehört auch der Wille zu einer weiteren Verringerung der Nuklearsysteme. Genauso eindeutig haben wir gesagt, daß für die vorausschaubare Zukunft eine angemessene Verbindung konventioneller und nuklearer Systeme zur Friedenssicherung geboten ist, möglichst auf einem niedrigeren Niveau. Es ist unser Ziel, die zu große Zahl von Nuklearwaffen auch in Europa weiter deutlich zu verringern. Dies ist aber nur möglich durch verbindliche, überprüfbare Vereinbarungen mit dem Warschauer Pakt, die aber nicht ganz so leicht zu erreichen sind, wie einige sich das vorstellen.

*SZ: Wollen Sie als Abrüstungsminister in die Geschichte eingehen?*

**Stoltenberg:** Es geht um die richtige Kombination von Verteidigungsfähigkeit, die unverzichtbar bleibt, und Abrüstung. In dieser Verbindung sehe ich eine große Herausforderung unserer Zeit.

*SZ: Das Akzeptanzproblem liegt ja tiefer. Es reicht von den Atomwaffen, die anscheinend niemand mehr haben will, über die steigende Wehrdienstverweigerung bis zur Frage: Wozu brauchen wir eigentlich diese Bundeswehr? Krieg kann man damit sowieso nicht führen, souverän sind wir auch nicht...*

**Stoltenberg:** ... ja, wir müssen uns auch fragen, warum diese Trends in der Bundesrepublik sich so stark unterscheiden etwa von der Situation in Frankreich. Dort herrscht unverändert ein nationaler Konsens von rechts bis links, daß die *force de dissuasion*, die nationale Atomstreitmacht, unverzichtbar bleibt. Dies ist nicht einfach traditionsgeleitetes Verhalten, sondern auch eine scharfsinnig und ethisch begründete Position. Wir müssen sehen, daß bei uns einige Entwicklungen anders sind als in den traditionsbestimmten Nationalstaaten im Bündnis. Natürlich haben wir die besondere Situation eines geteilten Landes. Aber es wäre sehr ge-

fährlich, wenn wir uns gleichsam abkoppeln würden. Außerdem: Wenn wir die Meinungsumfragen sorgfältig anschauen, dann ist da eine unverändert sehr hohe Zustimmung zur Bundeswehr und zum Atlantischen Bündnis gegeben - Werte von 80 bis zu 86 Prozent.

**„Das außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren sichtbar gewachsen.“**

*SZ: Liegt das Problem nicht anderswo?*

**Stoltenberg:** Ja, bei den Konsequenzen dieser Bejahung hat sich das Bild verschlechtert. Die Bereitschaft, Belastungen als Folge der Streitkräfte, auch der alliierten Verbände bei uns, auf sich zu nehmen, ist deutlich zurückgegangen. Hier müssen wir ansetzen. Die Politiker müssen sich ernsthafter wieder um Meinungsführerschaft bemühen, nicht nur um Mehrheiten im Parlament, sondern auch um stärkere Prägung der öffentlichen Meinung. Zunächst durch klare Sprache bei den Grundfragen. Dann bei der Debatte um den Verteidigungsetat, um die Forderung der Soldaten nach attraktiveren Bedingungen, um die notwendigen modernen Waffensysteme. Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Willi Weiskirch, hat festgestellt, daß viele Politiker hier Defizite haben. Die Bereitschaft, unbestreitbare Erfordernisse der Bundeswehr zu vertreten, ob es sich nun um den Ausbau eines Depots oder eine Standortübungsanlage handelt, hat nachgelassen bis in die Reihen der Regierungsparteien.

*SZ: Wie ist die Meinungsführerschaft zurückzugewinnen?*

**Stoltenberg:** In erster Linie dadurch, daß diejenigen, die Verantwortung in unserem Staat tragen, öffentlich für die Belange der Bundeswehr eintreten. Bundespräsident von Weizsäcker hat dies gerade wieder in eindrucksvoller Weise getan, indem er auf die ganz besondere ethische

Legitimation des Wehrdienstes hinwies. Selbstverständlich respektieren wir die Gewissensentscheidung derer, die statt dessen den zivilen Ersatzdienst leisten. Aber auch der Bundespräsident hat sich gegen Beliebigkeit ausgesprochen.

*SZ: Alle anderen Nationen sagen, wir brauchen Armeen, um unsere Souveränität zu schützen. Können wir das auch oder sind wir gar nicht so richtig souverän?*

**Stoltenberg:** Die Bundesrepublik ist mit ganz wenigen, klar definierten Einschränkungen, die sich aus der besonderen Verantwortung der Westmächte für das ganze Deutschland ergeben, ein souveräner Staat. Der Versuch auch der SPD, dies zu bezweifeln, ist irreführend. In Wahrheit hat das außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik in den letzten Jahren sichtbar

Quelle

Datum

zugekommen. Das ist auf dem NATO-Gipfel ebenso klargeworden wie bei den Besuchen von George Bush und Michail Gorbatschow. Wir brauchen hier also keine Komplexe zu haben.

**SZ:** *Aber je mehr Abrüstung, desto weniger akzeptieren die Bürger die Lasten der Landesverteidigung.*

**Stoltenberg:** Wir begrüßen die großen Fortschritte im West-Ost-Verhältnis, die beginnende Verringerung der Überrüstung im Ostblock. Aber gerade die letzten Wochen zeigen uns, daß dies kein einfacher und bequemer Weg ist. Wir können dramatische Krisenerscheinungen in Osteuropa nicht ausschließen. Insofern gehört es zur friedenssichernden Außenpolitik, daß wir weiterhin Streitkräfte haben, um jeder Krisenlage gewachsen zu sein. Das gehört auch zur Souveränität.

**SZ:** *Aber unsere Streitkräfte sind ja gar nicht souverän; sie sind total in der NATO integriert.*

**Stoltenberg:** Das ist eine Entscheidung der souveränen Verfassungsorgane der Bundesrepublik, wie ja auch fast aller unserer Partner; das beruht auf Gegenseitigkeit.

**SZ:** *Dramatische Krisen in Ländern des Warschauer Paktes - beziehen Sie da auch die Sowjetunion ein?*

**Stoltenberg:** Die inneren Spannungen in der Sowjetunion nehmen erheblich zu. Die überraschende Fernsehrede Gorbatschows in der vorigen Woche war gekennzeichnet von brennender Sorge über die sich verschärfenden Nationalitätenkonflikte und die schweren Gefahren für den Zusammenhalt der Sowjetunion. Wenn wir mit aller Kraft für den Erfolg von Reformen und Abrüstung arbeiten, brauchen wir zugleich Risikobewußtsein. Sonst würde man illusionär und verantwortungslos handeln.

**SZ:** *Wäre es vor diesem Hintergrund eine Katastrophe, wenn die Amerikaner ihre Truppen aus Europa abzögen?*

**Stoltenberg:** Wir brauchen auch in Zukunft eine beachtliche Präsenz der USA. Ich will es sehr einfach sagen: Solange amerikanische Soldaten in der Nähe der innerdeutschen Grenze stehen, würde auch bei einer überraschend negativen Entwicklung im Ostblock kaum jemand auf die Idee kommen, militärische Übermacht zur Erreichung politischer Ziele oder auch nur zur Bedrohung, Erpressung einzusetzen.

**SZ:** *Nur sagen manche in Amerika: „No nukes, no troops.“ Bei uns aber scheinen die Bürger nur noch die „troops“, aber nicht mehr die „nukes“ zu wollen.*

**Stoltenberg:** Die Frage zielt auf die Kurzstreckenraketen. Wir haben uns im Bündnis nach einer schwierigen Phase verständigt. Entscheidend auf dem NATO-Gipfel war, daß mit wünschenswerter Eindeutigkeit die Denuklearisierung Westeuropas abgelehnt worden ist - unabhängig von der 1992 zu treffenden Entscheidung über ein Nachfolgesystem für Lance. Die Frage nach den einzelnen Elementen

für die erforderliche nukleare Absicherung Westeuropas ist in diesem Punkt später zu entscheiden. Politik des Bündnisses aber bleibt: Für die vorausschaubare Zukunft brauchen wir eine Kombination konventioneller und nuklearer Streitkräfte, möglichst auf niedrigem Niveau.

**SZ:** *Aber ich habe Herrn Genscher am 27. April im Bundestag so gehört, daß die möglichen neuen Kurzstrecken-Systeme auf die DDR, die CSSR und auf Polen zielen würden, was - so die Andeutung - nicht akzeptabel sei. Lläuft das nicht auf Denuklearisierung hinaus? Oder: Welche Atomwaffen wären dann akzeptabel?*

**Stoltenberg:** Den Hinweis des Außenministers verstehe ich als eindringliche Mahnung, daß wir uns der friedenssichernden Funktion der Nuklearwaffen bewußt sein müssen. Daß wir natürlich alles weiterhin tun wollen, um ihren Gebrauch zu verhindern. Es gab einige sehr berechtigte deutsche Aspekte während der Bündnis-Diskussion. Nur dürfen wir nicht vergessen, daß es auch Interkontinentalwaffen gibt, die Amerika und die Sowjetunion zerstören können. Insofern mußten wir unsere besonderen legitimen Gesichtspunkte immer im Zusammenhang mit der Risikosituation auch für unsere Verbündeten einschließlich der USA sehen. Ich freue mich, daß dies zum Schluß auch von allen erkannt wurde und deutlich ausgesprochen wurde.

**SZ:** *Können Sie das noch ein bisschen genauer ausdrücken, diese Risikoverflechtung...*

**Stoltenberg:** ...eine zu massive Konzentration nuklearer Artillerie oder Kurzstreckenraketen ausschließlich in Zentral-europa hat hier bei einigen die Befürchtung der „Singularisierung“ oder „Abkoppelung“ erweckt. Aber das Ergebnis der Diskussion in der Koalition und mit den Verbündeten ist ein geschärftes Bewußtsein dafür, daß alle Länder der Allianz einschließlich der USA mit der Gefährdung durch Atomwaffen leben.

**SZ:** *Sind wir singularisiert?*

**Stoltenberg:** Nein.

**SZ:** *Wieso nicht?*

**Stoltenberg:** Es bleibt dabei, daß wir in Westeuropa weitreichende, luftgestützte Atomwaffen haben. Es bleibt dabei, daß die seegestützten, weitreichenden Waffen in Zukunft eine Bedeutung haben, und selbst wenn bei den START-Verhandlungen die Interkontinental-Waffen halbiert werden, bleibt ein großes Potential, das unmittelbar die USA und die Sowjetunion berührt. Eine deutliche Reduzierung ist jetzt das Ziel der verschiedenen Verhandlungen, aber nicht eine Eliminierung.

**SZ:** *Wie aber halten wir es mit der Modernisierung der landgestützten Kurzstreckenraketen, zumal das Bündnis Washingtons Entscheidung mitträgt, Gelder im Kongreß für die Erforschung und Entwicklung eines Lance-Nachfolge-Systems*

zu beantragen?

**Stoltenberg:** Diese vorsorgliche nationale Entscheidung ist vom Bündnis ausdrücklich anerkannt worden. Damit ist keine Vorentscheidung über Produktion und Stationierung gekoppelt. Die soll in der Tat 1992 auf der Grundlage der sicherheitspolitischen Situation gefällt werden. Dabei wird eine entscheidende Rolle spielen, ob die Sowjetunion ihre konventionelle Überlegenheit so drastisch abgebaut haben wird, daß Angriffsfähigkeit oder die Fähigkeit zu raumgreifenden Operationen nicht mehr gegeben ist. Dies sind die Kriterien der Bestandsaufnahme, die 1992 erfolgt. Wir wären schlecht beraten, wenn wir nach der schwierigen Vor-Gipfel-Zeit schon jetzt eine Vorwegnahme dieser Diskussion versuchten. Wir sollten uns strikt an das halten, was unter maßgeblicher Beteiligung der Bundesrepublik in der Allianz erreicht worden ist.

**SZ:** *Was haben wir da eigentlich erreicht? Atomwaffen-Verhandlungen nach einer drastischen konventionellen Reduzierung war ja schon im Januar in etwa die amerikanische Linie...*

**Stoltenberg:** ... es gab schon eine Phase, in der wichtige Verbündete eine Lance-Nachfolge-Entscheidung sofort gewünscht haben. Was wir vereinbart haben, ist weit mehr als ein taktisches Hinausschieben. Es sind neue Elemente der Beurteilung eingeführt worden.

**SZ:** *Welche?*

**Stoltenberg:** Die eben genannten. Ich halte es für vollkommen richtig, daß wir in den nächsten Jahren unsere Anstrengungen, vor allem auf die Wiener Verhandlungen, konzentrieren. Und wenn diese in relativ kurzer Frist zu Ergebnissen führen, ist das ein sehr großer Erfolg. Daneben laufen die Verhandlungen über die Beseitigung der chemischen Waffen, die START-Gespräche. Das ist ein anspruchsvolles Programm für die nächsten zwei Jahre, so daß es gute Gründe für ein Abwarten der Ergebnisse gibt, bevor wir über Lance entscheiden.

**SZ:** *Und wenn die Verhandlungen nicht so laufen, wie wir wollen?*

**Stoltenberg:** Das wird ein wichtiger Maßstab für die 1992 anstehenden Entscheidungen sein. Nur halte ich nichts von hypothetischen Fragen. Wir sind nun gerade in einem sehr mühevollen Prozeß zusammgekommen, und deshalb ist es ein Gebot der Vernunft und der Verantwortung, jetzt das Nötigste zu tun: für eine Beschleunigung und einen guten Abschluß der Wiener Verhandlungen zu sorgen.

**SZ:** *Zurück zur möglichen Klimaverschlechterung: Kriegen wir da wieder ein „Feindbild“? Sie sagen immer, unsere Armee braucht keines.*

**Stoltenberg:** Wir brauchen und haben keine Feindbilder. Wir sprachen schon vor Gorbatschow von Bedrohungs-Analysen. Zu Feindbildern gehört das, was bis vor

Quelle  
kurzem in der Nationalen Volksarmee in der DDR praktiziert wurde: ein abscheuliches Bild vom politischen und ideologischen Gegner zu zeichnen.

**„Die inneren Spannungen  
in der Sowjetunion  
nehmen erheblich zu ...  
wir brauchen  
Risikobewußtsein.“**

**SZ: Immer noch?**

**Stoltenberg:** Ja, und dies ist nicht unser Konzept, aber es gibt weiterhin – auch bei verändertem Trend – Gründe, über Bedrohungs-Analysen zu reden. Zwar sollte man die Absichtserklärungen Gorbatschows für einseitige Abrüstung ernst nehmen. Es liegt in seinem wohlverstandenen Interesse, eine solche Politik zu verfolgen – der wichtigste Grund ist die sich dramatisch verschlechternde Wirtschaftslage der Sowjetunion. Aber wir müssen bei Lebensfragen unseres Volkes auf Tatsachen aufbauen können, nicht auf Absichtserklärungen. Von einer deutlichen Reduzierung der Militärmacht der Sowjetunion kann trotz der medienwirksamen Darstellung einzelner einseitiger Abrüstungsschritte bis heute nicht gesprochen werden. Dies muß vor allem durch verbindliche Vereinbarungen in Wien auch festgeschrieben werden, denn einseitige Maßnahmen kann man auch einseitig wieder korrigieren.

**SZ: Stellen Sie sich vor, alles geht gut. Was machen wir dann mit der Bundeswehr?**

**Stoltenberg:** In Wien geht es in erster Linie um den Abbau der östlichen Invasionsfähigkeit, also um die Reduzierung vorhandener sowjetischer Truppen und ihrer Waffensysteme. Konkrete Ergebnisse in Wien würden für die Bundeswehr neue Rahmenbedingungen schaffen, die Auswirkungen auf die Verteidigungsplanung hätten.

**SZ: Was ist für Sie das Minimum, das die Bundeswehr haben muß?**

**Stoltenberg:** Das kann man heute noch nicht sagen. Gegen Ende des Jahres werden wir die Ergebnisse der jetzigen Planungsdiskussion vorliegen haben.

**SZ: Die Grundlagen haben Sie ja schon. Können wir auf 420 000, auf 400 000 Mann runtergehen?**

**Stoltenberg:** Das sind noch spekulative Annahmen.

**SZ: Trotzdem, braucht man nicht, unabhängig von den Kräften der anderen Seite, eine Minimalzahl, um eine lange Grenze und die Vorne-Verteidigung zu halten?**

**Stoltenberg:** Vorne-Verteidigung bleibt ein Eckpunkt auch für die Fortschreibung der NATO-Planung. Der erforderliche Bedarf an Truppen und Waffensystemen in den 90er Jahren oder in der Zeit nach 2000

wird im Verhältnis zu den Reduzierungen des Warschauer Paktes bestimmt.

**SZ: Unsere Geographie ändert sich aber durch Abrüstung doch nicht.**

**Stoltenberg:** Nein. Deswegen müssen wir an der Vorne-Verteidigung festhalten. Wir brauchen auch in Zukunft moderne Streitkräfte des Bündnisses, wahrscheinlich auf einem niedrigeren Kräfteniveau.

**SZ: Ist die Vorne-Verteidigung ewige Wahrheit für die deutsche Verteidigungspolitik?**

**Stoltenberg:** Ob es in der Detailplanung der NATO für Streitkräfte und operative Konzepte Möglichkeiten zu Veränderungen gibt, kann heute nicht isoliert beantwortet werden. Ich weiß von den Regierungen anderer Verbündeter, daß die Vorne-Verteidigung für sie ein Eckpfeiler bleibt – für sie und für uns.

**SZ: Eine wichtige Frage spielen ja auch Waffensysteme. Die werden immer teurer. Ich denke an den Jäger 90. Wird er das letzte bemannte Flugzeug sein?**

**Stoltenberg:** Die militärische Führung der Bundeswehr und die anderen Verantwortlichen sagen, daß die fliegenden Verbände für vorausschaubare Zeit eine unersetzbare Funktion haben. Ob es in der längerfristigen Planung eine andere Kombination mit modernen anderen Systemen gibt, muß untersucht werden.

**SZ: Damit sind wir beim Tiefflug. Sie sprechen gerade mit den Alliierten, ob es nicht Möglichkeiten gibt, ihre Tiefflüge über deutschem Boden zu verringern. Sind bei der Bundesluftwaffe schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft?**

**Stoltenberg:** Die Luftwaffe hat nahezu 50 Prozent ihres Ausbildungsbetriebes ins Ausland verlegt, und schon mein Vorgänger hat den Umfang der Tiefflüge deutlich eingeschränkt. Wir prüfen noch Veränderungen. Nur ist der Spielraum auch begrenzt. Wir denken an die Einbeziehung von Stützpunkten im Ausland. Das erfordert eine Kosten-Nutzen-Analyse. Wir müssen die Belastungen für die Soldaten und zivile Experten in den entlegenen Standorten, etwa Kanada, mit ins Kalkül ziehen. Besonders wichtig sind allerdings die Gespräche mit den Alliierten. Die setze ich fort.

**SZ: Es gibt fliegende Systeme, die nicht üben müssen, nämlich Raketen. Allerdings hat Ihr Vorgänger ein Projekt, was anscheinend in diesem Hause entwickelt worden ist, Technex-Kolas, abgesetzt. Wie halten Sie es denn mit dem unbemannten fliegenden Gerät?**

**Stoltenberg:** Die Fachleute sagen mir, daß in diesem Sektor – ich nenne das Stichwort Drohne – durchaus Entwicklungsmöglichkeiten liegen. Zu der anderen Frage, die mit der Technex-Vorentwicklung verbunden war, kann ich mich noch nicht äußern. Ich will das Thema in der zweiten Jahreshälfte sehr sorgfältig prüfen und dann zu Folgerungen kommen.

**SZ: Wann reisen Sie in die DDR? Haben Sie Interesse daran, mit Ihrem Amtskollegen in der DDR zusammenzutreffen?**

Datum

**Stoltenberg:** Ich schließe nicht aus, daß wir uns zu einem geeigneten Zeitpunkt treffen. Ich sage das in Verbindung mit den Wiener Verhandlungen. Es ist vorstellbar, daß ich auch in Wien, wenn die Gespräche gut vorankommen, mit Verteidigungsministern von Ländern des Warschauer Paktes zusammenkomme. In dem Zusammenhang kann sich einmal eine Situation ergeben, wo auch ein Gespräch mit dem Verteidigungsminister der DDR sinnvoll ist.

**SZ: Wir feiern 40 Jahre Bundesrepublik und sprechen über Traditionspflege. Hat die Bundeswehr überhaupt einen Traditionsbestand?**

**Stoltenberg:** Die Bundeswehr kann jetzt auf 35 Jahre einer eigenständigen, sehr positiven Entwicklung zurückblicken. Natürlich ist die Besinnung auf bedeutende militärreformerische und soldatische Traditionen der früheren Zeit berechtigt. Ich will daran erinnern, daß das von mir nachhaltig bejahte Konzept der Inneren Führung auf die preußisch-deutsche Geschichte nach 1806 Bezug nahm. Was Persönlichkeiten wie Scharnhorst und Gneisenau damals vorausschauend gedacht haben, bleibt im Wandel der Zeit heute von Bedeutung. In diesem Verständnis ist Traditionspflege auch wichtig für die Bundeswehr. Aber sie hat ein ganz eigenständiges Selbstverständnis gewonnen als Armee im demokratischen Staat. Und das ist unverwechselbar auch gegenüber allen früheren Epochen der deutschen Geschichte.

**„Die Luftwaffe hat nahezu  
50 Prozent ihres  
Ausbildungsbetriebes ins  
Ausland verlegt.“**

**SZ: Und was ist mit dem Sonderstatus im Staat, den die Armee in Preußen, im Nationalsozialismus hatte?**

**Stoltenberg:** Einen Sonderstatus, wie in den dunklen zwölf Jahren und wie in anderer Form im Kaiserreich, kann es in unserer demokratischen Ordnung nicht geben.

**SZ: Wenn die Bundeswehr das getreue Spiegelbild unserer Gesellschaft ist, dann hat die Bundeswehr keine großartige Zukunft mehr vor sich. Denn diese Gesellschaft mag zwar die NATO und die Bundeswehr, aber sie mag nicht die Kosten, die damit verbunden sind. Demokratische Bundeswehr heißt dann: eine sehr kleine Bundeswehr.**

**Stoltenberg:** Diese Koalition unterstreicht nach wie vor ihre Bereitschaft – wenn auch mit strengen Maßstäben –, für die Bundeswehr die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Auch in den 90er Jahren entscheiden Mehrheiten über die Verteidigung und über die Bundeswehr. Aber es sind andere Mehrheiten vorstellbar, bei denen eine Entwicklung eintritt, die den Mindestanforderungen nicht mehr ent-

Quelle

Datum

spricht.

**SZ:** Eine demokratische Lösung für die allgemeine Wehrunwilligkeit kennen wir aus den angelsächsischen Ländern: In Friedenszeiten gibt es da nur Berufssoldaten. Können Sie sich das bei uns vorstellen?

**Stoltenberg:** Ich sehe keine Alternative zu einer Armee, bei der zweifellos der Anteil der Zeit- und Berufssoldaten an der Gesamttruppenstärke zunimmt, bei der die Reservisten eine wesentlich bedeutendere Rolle übernehmen, bei der aber die Wehrpflicht unverzichtbar bleibt.

**SZ:** Warum?

**Stoltenberg:** Die Wehrpflicht ist das legitime Kind der Demokratie, um mit Theodor Heuss zu sprechen. Hinzu kommt, daß wir sonst nicht die erforderliche Personalstärke erreichen. Auch dann nicht, wenn die Bundeswehr in der Entwicklung der 90er Jahre in Verbindung mit Abrüstungsvereinbarungen spürbar reduziert werden könnte.

---

*„Es könnte die Situation entstehen, wo auch ein Gespräch mit dem DDR-Verteidigungsminister sinnvoll ist.“*

---

**SZ:** Die abfallende demographische Kurve bringt Sie auch in Konkurrenz zur Wirtschaft.

**Stoltenberg:** Der verschärfte Wettbewerb um junge Menschen ist neben den rückläufigen Jahrgangsstärken ein wirkliches Problem. Allein in den letzten 12 Monaten ist die Beschäftigtenzahl um mehr als 300 000 gestiegen. Deswegen ist das jetzt beschlossene Attraktivitäts-Programm das Minimum dessen, was wir brauchen. Aber ich stelle auch fest, daß immer mehr Unternehmer mit Vorrang junge Leute einstellen, die sich in der Bundeswehr als Zeitsoldaten oder Wehrpflichtige bewährt und dort vor allem Qualifikationen erworben haben.

**SZ:** Wenn Demokratien mit ihren Armeen nicht viel zu tun haben wollen, wenn überhaupt das Bedrohungsgefühl zurückgeht, warum nicht auch die Armee „zurückgehen“ lassen, sie sozusagen aus der Gesellschaft zurückziehen?

**Stoltenberg:** Das wäre eine verhängnisvolle Entwicklung.

**SZ:** Warum?

**Stoltenberg:** Weil das wieder Situationen heraufbeschwören könnte, wie wir sie in früheren Stadien der deutschen Geschichte erlebt haben. Die Bundeswehr muß in unserem Volk verankert bleiben.

12

Das Interview führten Stephan Andreas Casdorff und Josef Joffe